

Standard Eurobarometer 86

Nationaler Bericht

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union



Deutschland

Herbst 2016

Umfrage von der Europäischen Kommission,
Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.
Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in
Deutschland verfasst.

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard Eurobarometer 86 – Welle EB86.2 – TNS opinion & social



Standard Eurobarometer 86

Nationaler Bericht

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

DEUTSCHLAND



<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion>

Durchgeführt im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland verfasst.

INHALT

Einleitung	2
Hauptergebnisse	3
I. Allgemeine Lage, Vertrauen und Identität	4
1 Einschätzung der allgemeinen Situation	4
2 Unionsbürgerschaft und Image der EU bei ihren Bürgern	4
II. Sicherheit und Verteidigung	7
1 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Staaten	7
2 Terrorismus	7
III. Außen- und Handelspolitik, Wirtschaftspolitik	7
1 Außenpolitik	7
2 Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und Euro	8
3 Freihandel und Globalisierung	8
IV. Einwanderung in die EU und Freizügigkeit innerhalb der EU	8
1 Einwanderung als Problem?	8
2 Positionen zu Einwanderung, Einwanderern und Flüchtlingen	9
V. Erasmus-Programm und Römische Verträge	11
1 Erasmus-Programm	11
2 Römische Verträge	12
Schlussfolgerung	12

EINLEITUNG

Der Daten des vorliegenden Eurobarometer 86 sind zwischen dem 3. und dem 16. November 2016 in den 28 Mitgliedstaaten der EU, den fünf Kandidatenländern Türkei, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Island, Serbien und Montenegro sowie der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft durchgeführt. In den 28 Staaten der EU wurden insgesamt 27 705 und in Deutschland 1531 Bürger befragt, die zum Zeitpunkt der Befragung 15 Jahre oder älter waren. In den fünf Kandidatenstaaten wurden weitere 4691 Menschen befragt. Damit fielen Ereignisse wie der Brexit und die Zuspitzung des Konfliktes in Syrien vor die Befragung, die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump mitten in den Befragungszeitraum, während der Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt nach den Befragungen stattfand. Diese zwei Ereignisse haben aber nur noch klarer gemacht, dass die Europäische Union vor großen Herausforderungen steht. Sie muss ihre Rolle in einer sich immer schneller verändernden Welt neu bestimmen.

- Die EU-Außen- und Sicherheitspolitik hat sich über die Jahre schrittweise weiterentwickelt und ermöglicht es der EU, auf der internationalen Bühne mit einer Stimme zu sprechen. Indem sie gemeinsam handeln, erlangen die EU-Mitgliedstaaten – allein aufgrund ihrer Bevölkerung und Wirtschaftsmacht – mehr Gewicht, als wenn jedes Land seine Interessen allein vertreten würde. Die EU ist die größte Handelsmacht der Welt, mit dem Euro als zweitwichtigster Währung.
- Die Ukraine-Krise und die Konflikte im Nahen Osten haben gezeigt, wie wichtig eine starke gemeinsame Außenpolitik ist. Die EU will in der Außen- und Sicherheitspolitik mehr Synergien zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern schaffen und die Verteidigungsfähigkeiten der Länder, deren Regierungen dies wünschen, bündeln, damit sie an gemeinsamen EU-Missionen teilnehmen können.
- Immer mehr Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Armut, Kriegen, Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen und Naturkatastrophen verlassen müssen, sind ein Prüfstein für die Europäische Union. Europa hat in den letzten Monaten umfassend und entschlossen reagiert: Bereits seit seinem Wahlkampf 2014 hat sich Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beharrlich für eine abgestimmte europäische Lösung zur Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationsproblematik eingesetzt.
- Mit der Europäischen Migrationsagenda vom 13. Mai 2015 hat die Juncker-Kommission eine weitreichende Strategie vorgelegt, um zum einen die unmittelbare Krise zu bewältigen und zum anderen der EU das Instrumentarium für eine mittel- und langfristig bessere Steuerung der Migrationsströme an die Hand zu geben. Ziele sind unter anderem, die irreguläre Migration zu bekämpfen, die Außengrenzen zu schützen, das europäische Asylsystem zu verbessern und mehr legale Zuwanderungswege zu öffnen.

Im vorliegenden Bericht wurde der Schwerpunkt auf die folgenden Fragenkomplexe gelegt:

- Europäische Identität und das Ansehen der EU bei ihren Bürgerinnen und Bürgern
- Wollen die Deutschen eine gemeinsame europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik?
- Wollen die Befragten eine gemeinsame europäische Außenpolitik?
- Sollte Deutschland den Geflüchteten helfen? Leisten sie einen Beitrag zu diesem Land? Wie und auf welcher Ebene sollte eine mögliche Grenzschutzpolitik aussehen?

Die Antworten, die dieser Eurobarometer 86 enthält, zeichnen dabei ein abgeklärtes Bild der Deutschen und der Bürgerinnen und Bürger in anderen Mitgliedstaaten. Grundsätzlich ist eine überwältigende Zahl der Deutschen dafür, dass Flüchtlingen geholfen wird, sie sehen die Zukunft in der europäischen Zusammenarbeit und sie sind, alles in allem, optimistisch, was die Zukunft angeht.

HAUPTERGEBNISSE

Allgemeine Einschätzungen

- 38% (-8 Pp) der Deutschen und 56% (+3 Pp) der Europäer finden, dass die Dinge in ihrem Land nicht in die richtige Richtung gehen.
- Die Unzufriedenheit der Deutschen mit der Entwicklung in der EU ist mit 53% immer noch hoch, verringert sich aber sichtbar (-7 Pp), während sie europaweit weiter ansteigt (56%, +6 Pp).
- Die Deutschen (74%, +3 Pp) und die Europäer (65%, +2 Pp) sehen trotzdem optimistisch in die Zukunft.

Image der EU

- 35% (+1 Pp) der Europäer haben ein gutes Bild von der EU, 25% (-2 Pp) ein schlechtes und 38% (+/-0 Pp) haben dazu keine Meinung. Bei den befragten Deutschen ist der positive Trend eindeutiger: Mittlerweile besitzt für 37% (+8 Pp) der Deutschen die EU ein gutes Image, während der Anteil derer, die mit der Europäischen Union ein negatives Bild verbinden, von 29% auf 21% gesunken ist.

Europäische Identität

- 67% (+1 Pp) der Europäer und 77% (-1 Pp) der Deutschen fühlen sich als Bürger der Europäischen Union. In Deutschland gibt es allerdings einen signifikanten Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen. 80% (+/-0 Pp) der Westdeutschen fühlen sich als Bürger der EU, in Ostdeutschland sind das mit 66% (-3 Pp) bedeutend weniger.

Währungsunion und Euro

- 81% (+8 Pp) der Deutschen und 58% (+3 Pp) der Europäer insgesamt sind für die Währungsunion und den Euro.

Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten

- 85% (+3 Pp) der Deutschen und 75% (+1 Pp) der Europäer wollen eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU.

Gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedstaaten

- 82% (+5 Pp) der Deutschen und 66% (+2 Pp) der Europäer wollen eine gemeinsame Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten.

Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik

- Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik befürwortet eine breite Mehrheit der Deutschen (85%, +6 Pp) und Europäer (69%, +2 Pp).

I. ALLGEMEINE LAGE, VERTRAUEN UND IDENTITÄT

1 Einschätzung der allgemeinen Situation

Eine relative Mehrheit der Befragten in Deutschland (38%, -8 Pp) findet, dass die Dinge in Deutschland nicht in die richtige Richtung gehen. Allerdings hat sich die Stimmung unter den Befragten verbessert. 34% (+10 Pp) der Befragten sind zufrieden mit der derzeitigen Entwicklung in Deutschland. Europaweit ist die Unzufriedenheit mit der Entwicklung des eigenen Landes größer und sie ist auch leicht gewachsen (56%, +3 Pp).¹ Dieses Bild herrscht auch vor, wenn es um die Europäische Union geht. Die meisten Deutschen sind unzufrieden mit der Entwicklung der Dinge in der EU, aber die Unzufriedenheit verringert sich sichtbar (53%, -7 Pp) während sie europaweit weiter ansteigt (56%, +6 Pp).

Die meisten Deutschen finden nicht, dass es ihnen früher besserging als heute (63%, +5 Pp), während europaweit die Befragten glauben, dass es ihnen früher besserging (52%, -3 Pp).²

Bei der vorhergehenden Befragung glaubten noch 57% der Deutschen, dass der Staat zu sehr in ihr Leben eingreift. Aktuell glauben das nur noch 47% der Deutschen, während eine relative Mehrheit von 49% (+9 Pp) meint, der Staat mische sich nicht zu sehr in ihr Leben ein. Europaweit findet eine klare Mehrheit von 63% (-2 Pp) dass der Staat zu sehr in ihr Leben eingreift.³

64% (+12 Pp) der Deutschen haben den Eindruck, dass die Interessen Deutschlands in der EU gut berücksichtigt werden. Europaweit glaubt allerdings eine relative Mehrheit nicht, dass den Interessen ihres Landes innerhalb der EU ausreichend Rechnung getragen wird.⁴ Dass Deutschland für die Zukunft besser gerüstet wäre, wenn es nicht EU-Mitglied wäre, glauben gerade einmal 17% (-8 Pp) der Deutschen und 32% (-1 Pp) der Europäer.⁵

Die Deutschen (74%, +3 Pp) und die Europäer (65%, +2 Pp) sehen trotzdem optimistisch in die Zukunft.⁶

2 Unionsbürgerschaft und Image der EU bei ihren Bürgern

a. Das Ansehen der EU bei ihren Bürgern verbessert sich

Das Ansehen der Europäischen Union bei ihren Bürgern ist europaweit leicht gestiegen. 35% (+1 Pp) der Europäer haben ein gutes Bild von der EU, 25% (-2 Pp) ein schlechtes und 38% (+/-0 Pp) haben dazu keine Meinung.⁷ Bei den befragten Deutschen ist der positive Trend eindeutiger: Mittlerweile besitzt für 37% (+8 Pp) der Deutschen die EU ein gutes Image, während der Anteil derer, die mit der

1 D73a: Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in Deutschland derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union?

2 QD9: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen (6) Insgesamt war Ihre Lebensqualität früher besser

3 QD9: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. (1) Der Staat mischt sich zu sehr in unser Leben ein

4 QA19a: Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (2) Die Interessen Deutschlands werden in der EU gut berücksichtigt

5 QA19a: Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (5) Deutschland wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre

6 QD9: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen (7) Sie haben Vertrauen in die Zukunft

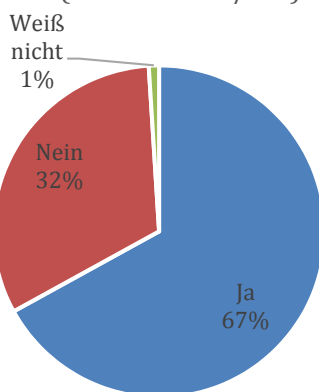
7 QA9: Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

Europäischen Union ein negatives Bild verbinden, von 29% auf 21% gesunken ist. 41% (+/-0) haben keine dezidierte Meinung zu dieser Frage. Am besten kommt die EU bei den 15 bis 24-jährigen an. Hier haben 45% ein gutes Bild von der Union. Europaweit ist die EU bei den unter 25-jährigen ebenfalls am beliebtesten (42% positives Image). Auch im Vereinigten Königreich hat sich das Image der EU leicht verbessert (34%, +3 Pp), während die Zahl derjenigen Briten, die der EU gegenüber negativ eingestellt sind, auf 32% (-4 Pp) seit der letzten Befragung gesunken ist. In der Türkei dagegen hat sich die Zahl derer, die nicht mehr wissen, was sie von der EU halten sollen auf 42% (+21 Pp) verdoppelt, während die Zahl derjenigen, die ein eindeutig negatives Bild haben, um 26% auf 17% (-9 Pp) gesunken ist. In Polen ist die Zahl der Befragten, die ein positives Bild der EU haben, auf 51% (+4 Pp) angestiegen, gleichzeitig hat nur noch jeder zehnte Pole ein schlechtes Bild von der EU (10%, -5 Pp). Auch für Ungarn gilt, dass wieder mehr Befragte ein positives Bild der EU haben (37%, +4 Pp), während die Zahl derer, die die EU kritisch sehen, kleiner wird (18%, -7 Pp). In den Niederlanden und Frankreich, in denen dieses Jahr Wahlen anstehen, ist dieser Trend nicht festzustellen. In den Niederlanden bleibt die Zahl derer, die ein gutes Bild von Europa haben mit 33% (+/-0) gleich, die Zahl derer, die ein negatives Bild haben, nimmt um einen Prozentpunkt auf 28% ab; in Frankreich allerdings ist die Zahl derer, bei denen die EU ein schlechtes Image hat größer (31%, +2 Pp) als diejenigen, die die EU positiv sehen (29%, -7 Pp).

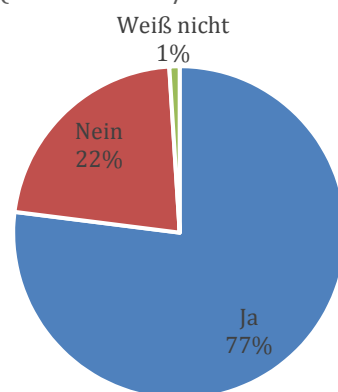
b. Europäische Identität

67% (+1 Pp) der Europäer und 77% (-1 Pp) der Deutschen fühlen sich als Bürger der Europäischen Union.⁸ In Deutschland gibt es allerdings einen signifikanten Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen. 80% (+/-0 Pp) der Westdeutschen fühlen sich als Bürger der EU, in Ostdeutschland sind das mit 66% (-3 Pp) bedeutend weniger. 64% (-4 Pp) der Deutschen und 50% (-2 Pp) der Europäer geben an, ihre Rechte als Europäer zu kennen.⁹ 68% (-2 Pp) der Deutschen und 65% (+/-0 Pp) der Europäer würden gerne mehr über ihre Rechte als Bürger der Europäischen Union wissen.¹⁰

QD2: Sie fühlen sich als Bürger der EU (Herbst 2016 / EU)



QD2: Sie fühlen sich als Bürger der EU (Herbst 2016 / Deutschland)



8 QD2: Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht: (1) Sie fühlen sich als Bürger der EU

9 QD2: (2) Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU

10 QD2: (3) Sie würden gerne mehr über Ihre Rechte als Bürger der EU wissen

Die Zahl derjenigen, die sich ausschließlich als Angehörige ihrer Nation verstehen, nahm in Europa (37%, -2 Pp) und in Deutschland (28%, -1 Pp) leicht ab. Besonders interessant ist, dass dieser Trend auch für Länder gilt, in denen die politische Auseinandersetzung gerade über dieses Selbstverständnis im Befragungszeitraum intensiv geführt wurde: so ist der Anteil derer, die sich ausschließlich national definieren sowohl in Ungarn (30%, -7 Pp), Polen (34%, -3 Pp) und dem Vereinigten Königreich (48%, -14 Pp) signifikant gesunken, während sich immer mehr Befragte sowohl national als auch europäisch zugehörig empfinden (Ungarn: 60%, +7 Pp; Polen: 58%, +5 Pp; UK: 41, +10 Pp).¹¹

Zum Gefühl einer gemeinsamen europäischen Identität tragen für die befragten Deutschen der Rechtsstaat (30%, +3 Pp), die gemeinsame Kultur (29%, +/-0 Pp), und allgemein geteilte Werte (26%, +2 Pp) bei. Für die befragten Europäer sind es die europäische Kultur (26%, -2 Pp), die gemeinsame Geschichte (23%, -1 Pp) und die geteilten Werte (22%, +1 Pp).¹² Die EU steht für die befragten Deutschen (52%, +8 Pp) und Europäer (39%, +2 Pp) für Frieden. Für die Deutschen steht die EU ebenfalls für Demokratie (37%, +1 Pp) und Menschenrechte (34%, -8 Pp). Für die befragten Europäer repräsentiert die EU an zweiter Stelle Menschenrechte (34%, -3 Pp) und dann Demokratie (31%, +/-0 Pp).¹³

Die positivste Errungenschaft der Europäischen Union bleibt für Deutsche (52%, +5 Pp) wie Europäer (35%, +1 Pp) der Frieden zwischen den Mitgliedstaaten.¹⁴ An zweiter Stelle nennen sowohl Deutsche (45%, +3 Pp) als auch Europäer (33%, +/-0 Pp) den freien Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU.¹⁵

Oft wird von einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft gesprochen, sei es in politischer, ökonomischer oder kultureller Hinsicht. Diese Meinung wird in der vorliegenden Befragung nicht widerspiegelt. 78% (+4 Pp) der Deutschen finden, dass die Menschen in Deutschland viele Gemeinsamkeiten haben. 75% (+2 Pp) der Europäer können das ebenfalls von den Menschen in ihrem eigenen Land sagen. In Deutschland sehen das aber weniger Ostdeutsche so, als noch bei der letzten Befragung (68%, -6 Pp), während in Westdeutschland 80% (+7, Pp) der Befragten keine großen Unterschiede erkennen können.¹⁶

Die Mitgliedstaaten der EU sind nach Meinung der befragten Deutschen (50%, +5 Pp) und Europäer (51%, +1 Pp) nah beieinander, wenn es um gemeinsame Werte geht.¹⁷

Obwohl sich die Mehrzahl der befragten Deutschen und Europäer als europäische Bürger fühlen und glauben, dass sie gemeinsame Werte teilen, ist Europa als politischer Raum, in dem die Bürger selbst initiativ werden können, noch nicht sehr präsent. Eines der Instrumente, mit denen europäische Bürger die Politik der Union ganz direkt beeinflussen könnten, ist die Europäische Bürgerinitiative. Von dieser würden aber gerade einmal 23% (+1 Pp) der Deutschen und 26% (-1 Pp) der Europäer Gebrauch machen.¹⁸ Bei den unter 25-jährigen können sich allerdings deutlich mehr der Befragten in Deutschland (31%) und Europa vorstellen, von der Europäischen Bürgerinitiative Gebrauch zu machen. Vor allem Studenten sind für diese Art der politischen Mitbestimmung aufgeschlossen (DE: 36%, EU: 40%).

11 QD3: Sehen Sie sich selbst: (1) nur als Angehöriger ihrer eigenen Nation, (2) als Angehöriger ihrer eigenen Nation und als Europäer, (3) als Europäer und Angehöriger ihrer eigenen Nation, (4) nur als Europäer.

12 QD5: Welche der folgenden Dinge erzeugen Ihrer Meinung nach am stärksten ein Gefühl der Gemeinschaft unter den Bürgern der EU? (1) Geschichte; (3) Werte; (6) Rechtsstaatlichkeit; (12) Kultur

13 QD7: Welche der folgenden Werte repräsentieren am besten die EU? (3) Menschenrechte; (5) Demokratie; (6) Frieden

14 QD4a: Welche der folgenden sind Ihrer Meinung nach die positivsten Errungenschaften der EU? Erstens?: (1) Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU

15 QD4b: Welche der folgenden sind Ihrer Meinung nach die positivsten Errungenschaften der EU? Zweitens?: (2) Der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU

16 QD9: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. (3) Die Menschen in Deutschland haben viele Gemeinsamkeiten

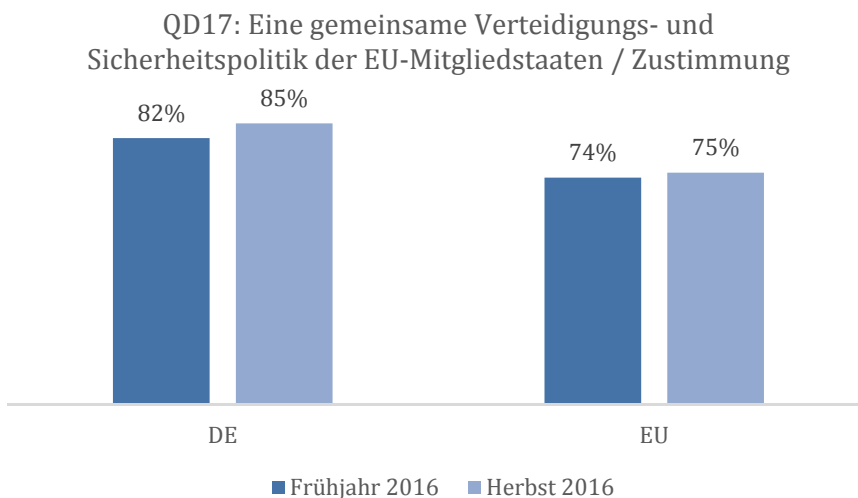
17 QD8: Was meinen Sie: Sind die EU-Mitgliedsstaaten im Hinblick auf gemeinsame Werte ... einander sehr nah / einander ziemlich nah / ziemlich weit voneinander entfernt / sehr weit voneinander entfernt

18 QD10: Wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, dass Sie die Europäische Bürgerinitiative in Anspruch nehmen würden?: Wahrscheinlich

II. SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG

1 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Staaten

Danach gefragt, mit welchem Wort sie die Europäische Union beschreiben würden, geben 55% (+6 Pp) der Deutschen und 50% (+1 Pp) an, dass sie die EU als beschützend empfänden.¹⁹ Eine klare Mehrheit der Deutschen (85%, +3 Pp) und Europäer (75%, +1 Pp) unterstützen eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union.²⁰



2 Terrorismus

Terrorismus stellte für die befragten Deutschen das zweitgrößte Problem (hinter Einwanderung (45%, -11 Pp) dar, vor denen Deutschland steht (28%, +2 Pp). Europaweit steht Terrorismus allerdings an siebter Stelle der Probleme, vor denen die Befragten ihr Land sehen (14%, -2 Pp).²¹

Persönlich betroffen von Terrorismus fühlten sich im November 2016 nur 5% (-1 Pp) der Deutschen und 5% (+/-0 Pp) der Europäer insgesamt.²² Für die EU insgesamt sehen die befragten Deutschen Terrorismus allerdings nach wie vor als großes Problem (DE: 31%, -9 Pp; EU: 32%, -7 Pp), gleich hinter der Einwanderung (DE: 50%, -7 Pp; EU: 45%, -3 Pp).²³ Ganz allgemein hat das Sicherheitsbedürfnis der befragten Deutschen weiter zugenommen (81% (+5 Pp) und dieser Wert ist auch für die meisten der befragten Europäer sehr wichtig (75%, +/-0 Pp).

III. AUßEN- UND HANDELSPOLITIK, WIRTSCHAFTSPOLITIK

1 Außenpolitik

Eine große Mehrheit der befragten Deutschen (82%, +5 Pp) und Europäer (66%, +2 Pp) wollen eine gemeinsame Außenpolitik der Staaten der Europäischen Union.²⁴ Deutsche wie Europäer sind überzeugt, dass die EU ein international einflussreicher Akteur ist (DE: 72%, +5 Pp; EU: 69%, +1 Pp).²⁵ Um diesen Einfluss noch stärker zu machen, glauben 49% (+1 Pp) der Deutschen und 53% (+2 Pp) der Europäer, dass allgemein mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden

19 QA12: Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellung von der EU sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt (3) Beschützend

20 QA17: Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind (4) Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten.

21 QA3a: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht? (6) Terrorismus

22 QA4a: Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (6) Terrorismus

23 QA5: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht? (6) Terrorismus

24 QA17: Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. (2) Eine gemeinsame Außenpolitik der 28 Mitgliedstaaten der EU.

25 QA19a: Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (3) Die Stimme der EU zählt in der Welt

sollten.²⁶ In Deutschland ist dabei allerdings nicht nur eine unterschiedliche Haltung im Osten und Westen zu beobachten, sondern auch ein gegenläufiger Trend. So finden nur noch 33% (-6 Pp) der Ostdeutschen, dass mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden sollten, während eine wachsende Anzahl der Westdeutschen genau dies befürworten (Westdeutschland: 53%, +2 Pp).

2 Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und Euro

Spätestens seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Wirtschafts- und Währungsunion und ihr Symbol, der Euro, Gegenstand politischer Debatten. Oft entsteht dabei der Eindruck, Währungsunion und Euro hätten keinen starken Rückhalt bei den Bürgern. Das dem nicht so ist, zeigt die aktuelle Befragung, nach der 81% (+8 Pp) der Deutschen und 58% (+3 Pp) der Europäer insgesamt die Währungsunion und den Euro unterstützen.²⁷ Besonderen Rückhalt hat der Euro unter den jungen Europäern: 88% der deutschen und 65% der europäischen Befragten, die zum Befragungszeitraum unter 25 Jahre alt waren, unterstützen die gemeinsame Währung. Die befragten Deutschen und Europäer insgesamt unterstützen die Währungsunion und den Euro nicht nur, sie sind sich auch sicher, dass die Europäische Union genügend Macht und Ressourcen hat, die wirtschaftlichen Interessen Europas zu verteidigen.²⁸

3 Freihandel und Globalisierung

Grundsätzlich sind die Deutschen (72%, +2 Pp) und Europäer (68%, +/-0 Pp) für freien Handel und sehen auch die Globalisierung positiv (DE: 54%, +4 Pp; EU: relative Mehrheit von 48%, +3 Pp).²⁹ Eine Ausnahme von dieser generellen Einstellung ist in Deutschland nach wie vor das Handelsabkommen TTIP mit den USA. Die Mehrheit der Befragten in Deutschland (52%, -7 Pp) lehnen dieses geplante Investitions- und Freihandelsabkommen ab. Anders die Europäer insgesamt: hier waren im Herbst 2016 53% (+2 Pp) der Befragten für freien Handel zwischen den USA und der Europäischen Union.

IV. EINWANDERUNG IN DIE EU UND FREIZÜGIGKEIT INNERHALB DER EU

1 Einwanderung als Problem?

Nach wie vor ist für die befragten Deutschen Einwanderung das wichtigste Problem, vor dem Deutschland steht, allerdings nicht mehr so dringend, wie noch ein halbes Jahr zuvor (45%, -11 Pp).³⁰ Europaweit ist nicht Einwanderung, sondern Arbeitslosigkeit das wichtigste Problem in ihrem jeweiligen Land, finden 31% (-2 Pp) der befragten Europäer. Persönlich betroffen sehen sich von Einwanderung allerdings nur 9% (-2 Pp) der Deutschen.³¹ Für sie selbst sind die steigenden Preise und Lebenshaltungskosten wichtiger (19%, -1 Pp). Das ist für die Europäer insgesamt ebenfalls das dringendste Problem (28%, +2 Pp). Einwanderung ist für die Mehrheit der befragten Deutschen vor allem eine europäische Aufgabe (s.o.) oder sollte es zumindest sein und sie ist nach Meinung der Befragten in Deutschland (50%, -7 Pp) und Europa (45%, -3 Pp) das drängendste Problem, vor dem die EU steht.

26 QA19a: Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (6) Es sollten mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden

27 QA17: (1) Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.

28 QC2: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. (3) Die EU hat genügend Macht und Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen.

29 QA10: Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden? (1) Freier Handel, (2) Globalisierung.

30 QA3: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht?

31 QA4a: Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik fordern 85% (+6 Pp) der Deutschen und 69% (+2 Pp) der Europäer insgesamt.³²

2 Positionen zu Einwanderung, Einwanderern und Flüchtlingen

Die befragten Deutschen und Europäer insgesamt beurteilten Zuwanderung von EU-Bürgern deutlich positiver als die Migration von Nicht-EU-Bürgern. Die Einwanderung von Bürgern aus einem anderen Land der EU finden 71% (+9 Pp) der Deutschen 61% (+3 Pp) der Europäer positiv. Auch die Befragten im Vereinigten Königreich finden übrigens Einwanderung aus anderen EU-Ländern mit klarer Mehrheit positiv (58%, +9 Pp).³³ Vor allem die unter 25-jährigen Deutschen (78%) und Europäer (70%) sehen die Zuwanderung von EU-Bürgern positiv. Einwanderung aus Ländern von außerhalb der Europäischen Union lehnen allerdings 53% (-5 Pp) der Deutschen und 56% (-2 Pp) der Europäer insgesamt ab. Das ist eine geringere Ablehnung als noch im Frühjahr 2016. Mittlerweile stehen immerhin 40% (+5 Pp) der Deutschen Migration aus Nicht-EU-Ländern positiv gegenüber, europaweit sind es 37% (+3 Pp).³⁴

Die Bereitschaft, Flüchtlingen zu helfen, ist auch bei der derzeitigen Befragung in Deutschland ausgeprägt. 87% (+5 Pp) der Deutschen finden, dass Deutschland Flüchtlingen helfen sollte. 91% der befragten Deutschen unter 25 Jahre und 68% der jungen Europäer unter 25 Jahre sind dieser Meinung. Aber auch die Europäer insgesamt sind dieser Meinung (66%, +3 Pp).³⁵ 48% (+7 Pp) der Deutschen glauben, dass Einwanderer einen großen Beitrag für Deutschland leisten. Davon sind in Deutschland (56%) und Europa insgesamt (49%) ganz besonders die Befragten aus der jüngsten Altersgruppe überzeugt (15 bis 24 Jahre). Europaweit sind dieser Auffassung insgesamt immerhin 44% (+4 Pp), während aber eine Mehrheit (49%, -2 Pp) nicht daran glaubt.³⁶

Die befragten Deutschen (41%, -3 Pp) sind für weitere Grenzschutzmaßnahmen gegen illegale Einwanderung von außerhalb der Europäischen Union und zwar in einer Kombination von nationalen und europäischen Maßnahmen. Europaweit ist die Überzeugung, dass eine solche Kombination hilfreich ist, gesunken: nur noch 23% (-17 Pp) der befragten Europäer plädiert dafür, während einerseits die Zahl derjenigen, die diese Kompetenz vollkommen der EU übertragen möchte, stark gewachsen ist (39%, +12 Pp), andererseits die Befürworter rein nationaler Lösungen in der Grenzschutzfrage ebenfalls leicht gewinnen (24%, +2 Pp). Mehr Maßnahmen auf europäischer Ebene forderten u.a. die Befragten in Luxemburg (60%, +31 Pp), den Niederlanden (70%, +31 Pp), Lettland (51%, +26 Pp), Malta (51%, +26 Pp), Portugal (45%, +25 Pp), Polen (43%, +23 Pp), Schweden (49%, +22 Pp), Griechenland (46%, +22 Pp), Ungarn (39%, +22 Pp), Dänemark (57%, +19 Pp), Finnland (52%, +19 Pp), Slowenien (43%, +19 Pp), Spanien (50%, +14 Pp) (das gesamte Meinungsbild s. untenstehende Grafik).³⁷

32 QA17: Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind (6) Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik

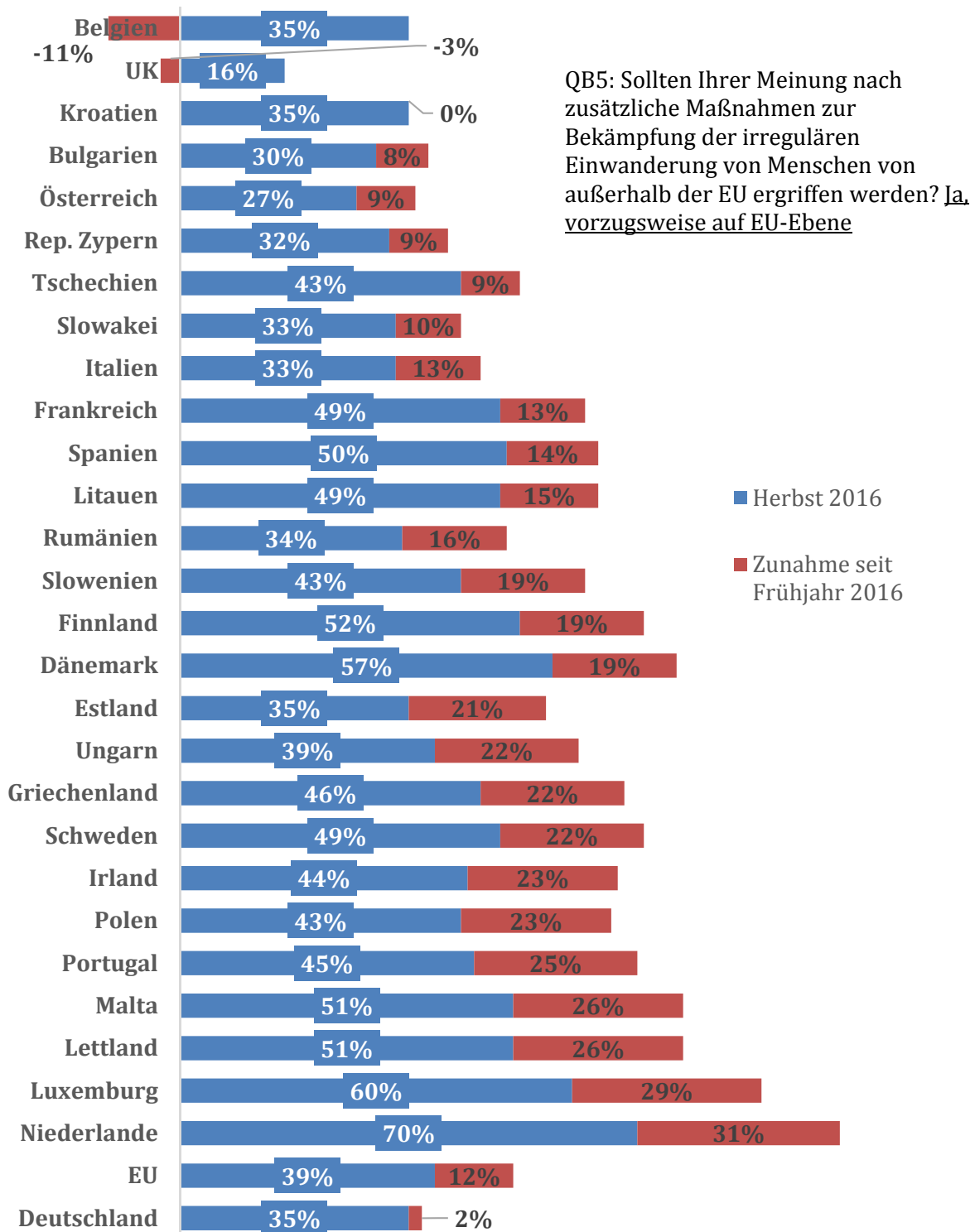
33 QB4: Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen ein positives oder ein negatives Gefühl bei Ihnen hervorrufen: (1) Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten

34 QB4: Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen ein positives oder ein negatives Gefühl bei Ihnen hervorrufen: (2) Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU

35 QD9: (5) Deutschland sollte Flüchtlingen helfen

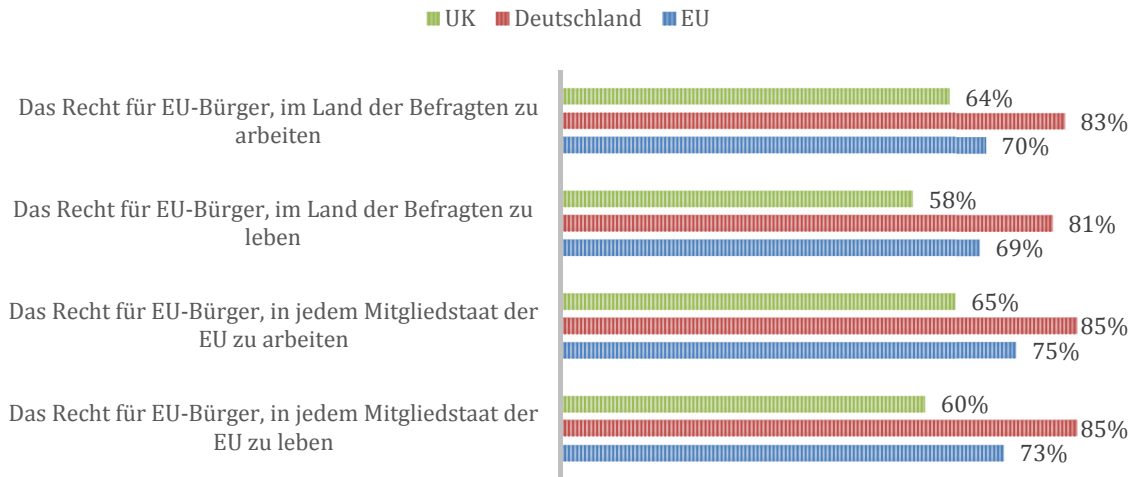
36 QD9: (2) Einwanderer leisten einen großen Beitrag für Deutschland

37 QB5: Sollten Ihrer Meinung nach zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der irregulären Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU ergriffen werden (1) Ja, vorzugsweise auf EU-Ebene



Die Mehrheit der Befragten in Deutschland und Europa unterstützt die Freizügigkeit und die mit ihr zusammenhängenden Rechte deutlich: 90% (+4 Pp) der Deutschen und 81% (+2 Pp) der Europäer sind dafür. Auch die befragten Briten sind mit großer Mehrheit für diese Errungenschaft der Europäischen Union (68%, +5 Pp). Jeder vierte Brite ist gegen das Recht von EU-Bürgern, sich frei innerhalb der EU bewegen zu dürfen (24%, -6 Pp).

QB6: DAS RECHT, ALS EU-BÜRGER IN JEDEM EU-STAAT ZU LEBEN
UND ZU ARBEITEN / EINE GUTE SACHE!



85% (+8 Pp) der Deutschen und 73% (+2 Pp) der Europäer insgesamt finden es richtig, dass EU-Bürger das Recht haben, in jedem Mitgliedstaat zu leben. 85% (+5 Pp) der Deutschen und 75% (+2 Pp) der Europäer stehen hinter dem Recht jedes EU-Bürgers, in allen Mitgliedstaaten arbeiten zu können. Solche pauschalen Aussagen über Rechte von EU-Bürger haben ein anderes Gewicht, wenn es um das eigene Land geht. Aber auch bei der Frage, ob sie es gut finden, dass EU-Bürger das Recht haben, in Deutschland zu leben, antworten 81% (+8 Pp) der Deutschen mit ‚Ja‘. Auch europaweit unterstützen 69% (+1 Pp) dieses Recht jedes Bürgers der Union. Auch mögliche Konkurrenz auf dem eigenen Arbeitsmarkt ändert diese Einstellung nicht. 83% (+8 Pp) der Deutschen und 70% (+2 Pp) der Europäer finden es richtig, dass jeder EU-Bürger das gleiche Recht hat, in ihrem Land zu arbeiten, wie sie selbst. Dieser Meinung sind übrigens auch eine klar wachsende Mehrheit der befragten Bürger des Vereinigten Königreichs (58%, +8 Pp).³⁸

V. ERASMUS-PROGRAMM UND RÖMISCHE VERTRÄGE

1 Erasmus-Programm

Um das Recht der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union mit Leben zu füllen, existieren verschiedene Programme, die EU-Bürger dabei unterstützen, in einem anderen Land der EU zu arbeiten oder eine Ausbildung, ein Praktikum oder ein Studium zu machen. ERASMUS+, das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, ist ein solches Förderprogramm der Europäischen Union. Es existiert seit 30 Jahren und fördert die Mobilität von Studierenden, Auszubildenden, Freiwilligen, Lehrern, Trainern und Jugendarbeiter zu Lernzwecken und die transnationale Zusammenarbeit. In Deutschland haben bislang 40% der Befragten von der Existenz dieses Programmes gehört, während es europaweit immerhin 53% sind und das Programm in manchen Ländern bis zu dreiviertel der Bevölkerung bekannt ist, wie z.B. in Belgien (76%), Portugal (76%), Spanien (77%) oder Luxemburg (80%). In Deutschland ist der Bekanntheitsgrad vor allem unter Studenten hoch (66%) und ebenfalls unter den Angehörigen der oberen Einkommensschichten (76%). Bei den Angehörigen unterer oder mittlerer Einkommensschichten ist das Erasmus-Programm hingegen bisher wenig bekannt (10 bzw. 26%).³⁹

³⁸ QB6: Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob es sich dabei Ihrer Meinung nach um eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder um eine gute noch eine schlechte Sache handelt: (1) Das Recht für EU-Bürger, in jedem Mitgliedstaat der EU zu leben; (2) Das Recht für EU-Bürger, in jedem Mitgliedstaat der EU zu arbeiten; (3) Das Recht für EU-Bürger, in Deutschland zu leben; (4) Das Recht für EU-Bürger, in Deutschland zu arbeiten

³⁹ QD12: Haben Sie schon einmal vom Erasmus-Programm gehört?

Erasmus+ fördert die Bildungsbereiche Hochschule, Schule, Berufs- und Erwachsenenbildung, Jugend und Sport. Besonders bekannt und beliebt ist der Teil von Erasmus+, der die Mobilität von Studierenden durch einen drei- bis 12-monatigen Auslandsaufenthalt an einer Universität innerhalb der EU fördert: 85% der Deutschen und 86% der Europäer finden das Erasmus-Programm gut.⁴⁰

2 Römische Verträge

Vor 60 Jahren wurden die Römischen Verträge, die zur Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft geführt haben, unterzeichnet. Die Römischen Verträge gelten als der eigentliche Ausgangspunkt für die Entwicklung der heutigen Europäischen Union. Zu den Unterzeichnerstaaten damals gehörten Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Mit den Römischen Verträgen verbinden Deutsche (31%) und Europäer (26%) vor allem Hoffnung.⁴¹ 72% der Deutschen und 69% der Europäer insgesamt finden, dass die Unterzeichnung der Römischen Verträge ein positives Ereignis der europäischen Geschichte war.⁴² Ihr 60. Jubiläum feiert die Europäische Union am 25. März in Rom.

SCHLUSSFOLGERUNG

Das Jahr 2017 wird mit den Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland entscheidend für den weiteren Kurs der EU sein. Die Zahlen des vorliegenden Eurobarometers 86 zeigen, dass die befragten Deutschen und Europäer trotz aller Schwierigkeiten optimistisch in die Zukunft sehen. Sie fühlen sich als Europäer und als Bürger der EU (DE: 77% (-1 Pp); EU: 67% (+1 Pp)), sie wollen mehr Europa anstatt weniger. 49% (+1 Pp) der Deutschen und 53% (+2 Pp) der Europäer glauben, dass allgemein mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden sollten. Das gilt auch in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage: 85% (+6 Pp) der Deutschen und 69% (+2 Pp) der Europäer insgesamt wollen eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik. 87% (+5 Pp) der Deutschen und 66% (+3 Pp) der Europäer finden, dass ihr Land Flüchtlingen helfen sollte.

40 QD13: Das Erasmus-Programm bietet europäischen Studenten die Möglichkeit, einen Teil ihres Studiums an einer anderen Hochschuleinrichtung oder bei einer Organisation in Europa zu verbringen. Wie ist Ihre Meinung zum Erasmus-Programm?

41 QD14: Die Römischen Verträge wurden 1957 von sechs Staaten unterzeichnet: Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Sie markieren den Ursprung der Entstehung der Europäischen Union in ihrer heutigen Form. 2017 feiern wir den 60. Jahrestag der Römischen Verträge. Wenn Sie an diesen Jahrestag denken, welcher Begriff fällt Ihnen da als Erstes ein? (1) Hoffnung

42 QD15: Wenn Sie an die Römischen Verträge denken, würden Sie sagen, dass diese ein positives Ereignis in der Geschichte Europas waren?